

## AUFGESPIESST

## Afrika: Geld allein ist zu wenig

Der vom wahnwitzigen Terror in London überschattete Gipfel der formell reichsten Industrieländer (G8) im schottischen Golfhotel Gleneagles ist vorbei – die Probleme aber bleiben ungelöst. Mit den vielen zugesagten Milliarden wurde nur die Zeche für das (entwicklungspolitische) Versagen der Vergangenheit bezahlt. Nicht erst seit der Tsunami-Katastrophe wissen wir, dass nicht alle großspurigen Ankündigungen vor Kameras und anderen Instrumenten zur Selbstdarstellung zum Nennwert zu nehmen sind.

Schuldenerlass für die ärmsten Länder und Aufstockung der Entwicklungshilfe helfen genauso wenig wie die Selbstberühmungen der Pop-Ikonen Bono und Bob Geldof oder die Randalen der Demonstranten-Internationale oder die Kommentare der internationalen und heimischen Presse. Auch wenn diese mittlerweile ein bisschen tiefer schürfen als es eindimensionale Krakeeler und Berufsreisende in Sachen gefahrloser Demonstrationen tun.

So betiteln die „Salzburger Nachrichten“ (6. 7.) ihren Leitartikel mit „Auch korrupte Eliten sind schuld an Afrikas Elend“ (so sehr das „auch“ stört), mutmaßt der Kommentator im „Kurier“ (5. 7.), dass es um „eine Änderung des politischen Systems“ gehe, weil sonst „Hilfsgelder in korrupten Verwaltungen versickern“. Die österreichische Sicht der Dinge entspricht dabei weitgehend jener der internationalen Medien.

Differenzen ergeben sich eher im Ausmaß der Schuldzuweisungen. Die Spannweite geht dabei bis zu den 80 %, für die – laut einem in der Austria-Press-Agentur (Meldung 115 vom 10. Juli) namentlich allerdings nicht genannten „hochrangigen westlichen Diplomaten“ im westafrikanischen Dakar – „die Probleme Afrikas ein Problem der eigenen Eliten sind“.

Es wurden in diesen Tagen viele Ursachen der Misere genannt, von der Korruption (von manchen Kleptokraten an der Spitze etlicher Staaten bis zu den staatlichen Klein-

Mit Namen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

kriminellen in den unteren Stufen der Bürokratie), über verfehlte Schwerpunktsetzungen bei den Ausgaben (Rüstung statt Gesundheit, Bildung und Investitionen), unselige Stammes-Querelen (die nicht nur ganz große Länder wie etwa den Kongo oder Nigeria unregierbar machen), die Clan- und Apartheid-Politik (in beiden Richtungen, siehe Mugabe) bis zu den Nachwirkungen der Kolonialzeit.

Die Probleme Afrikas sind aber weder mit Schuldenerlass noch mit Erhöhung der Entwicklungshilfe noch mit der Bindung von einzelnen Förderungen an Projekte noch mit Ratschlägen aus der Ferne zu lösen. Die Industriestaaten müssen sich stärker EINMISCHEN – wobei mit „Einmischen“ nicht jene Experten von Weltbank, Währungsfonds oder überregionalen Entwicklungsbanken gemeint sind, welche die Gewährung von Hilfsmitteln und/oder Krediten an die Erfüllung bestimmter Auflagen knüpfen.

Wirklich Hilfe bedeutet, die Mühen der demokratiepolitischen Ebene auf sich zu nehmen, also nicht nur Vorkehrungen zu treffen, damit jene die Gelder bekommen, die sie wirklich benötigen (ob jetzt in direkter Form oder als Kleinkredite, also „Hilfe zur Selbsthilfe“), sondern auch dafür zu sorgen, dass in den afrikanischen Ländern eine selbsttragende „Good Governance“, also das immer beschworene System guter Regierungsführung, geschaffen wird. Das muss nicht immer eine Demokratie nach westlichem Muster sein (wo es ja auch unterschiedlichste Spielarten gibt), da ja in den meisten Ländern die Bevölkerung auf ihren Stamm, ihren Clan orientiert ist und diesen als einzigen Bezugspunkt des Handelns sieht (was in vielen Fällen das relativiert, was bei uns Nepotismus und Begünstigung heißt). Der Staat wird dabei sehr oft ein bloß willkürliches Gebilde wahrgenommen.

Auch wenn es Beispiele afrikanischer Staaten gibt, die stark genug waren, den Weg allein zu gehen, wird es doch die große Mehrheit der afrikanischen Staaten nicht allein schaffen. Was neben den bestehenden Maßnahmen (Entwicklungshilfe, Projektför-

derung, Schuldenerlass etc.) fehlt, sind verbindliche Patronanz- und Sanktionsmechanismen. Meine im Folgenden aufgeführten Anregungen sind auch als solche gemeint – und nicht als Aufforderung für alle jene, die prinzipiell nur daran interessiert sind, warum etwas SO nicht geht):

Unter „Patronanz“ verstehe ich Folgendes: Unter der Oberaufsicht der UNO sollte für jedes Land Afrikas eine Art aus Experten verschiedener Staaten gebildeter, „beratenden“ Aufsichtsrat bestellt werden (wobei die Herkunft der Experten – für die Ausarbeitung einer Verfassung, für Regierungsführung, für Verwaltung, für Justiz etc. – sorgsam mit den zu betreuenden Ländern abgestimmt werden sollte), zudem sollte jeweils eines der demokratischen Industrieländer sozusagen die Patronanz, im Sinne eines väterlichen Freundes, übernehmen.

Die Gegenposition zur Patronanz müssen Sanktionsmechanismen sein (dies sollte übrigens nicht nur für afrikanische Staaten gelten). Sollte es gelingen, den UNO-Sicherheitsrat aus seiner Rolle eines zahnlosen Taktierervereins zu befreien (wegen des Vetorechts der fünf Großen, die jede der ihnen unangenehmen Entscheidungen blockieren können), dann sollte beim UNO-Sicherheitsrat (sonst besser beim Menschenrechtsgerichtshof) die Position eines Chefanklägers eingerichtet werden, der bei Verstößen gegen die Menschenrechte die betreffende Staatsführung zur Berichterstattung vorladen, „sofort“ (etwa unter dem Titel „Gefahr im Verzug“) Prüfungsgremien entsenden sowie Anklage erheben kann. Der Position des Chefanklägers entsprechend müsste eine Art Gerichtshof (ähnlich Den Haag) eingerichtet werden, der rasch entscheiden kann.

Mit Schuldenerlass und Aufstockung der Entwicklungshilfemittel würden wir in zwei oder drei Jahren wieder dort stehen, wo wir heute sind – in den Niederungen der Politiker, die bloß Punkte abhaken wollen, bzw. von Selbstdarstellern wie Bob Geldof und manche selbstgefällige Organisation von Globalisierungsgegnern. Das aber hat Afrika nicht verdient.

Matthäus Kattinger

## GASTKOMMENTAR



Christian Felber

Attac Österreich

In einer seiner Kolumnen verschaffte mir Matthäus Kattinger die Ehre, von ihm „aufgespießt“ zu werden (Raiffeisenzeitung 23/2005). Stein des Anstoßes war ein Kommentar von mir im Standard vom 2. Juni über die Entwicklungsrichtung der EU und die Frage, ob der globale (Standort-)Wettbewerb noch schärfer werden sollte oder nicht. Ich schrieb, dass diese Frage demokratisch entschieden werden sollte und dass ich der Ansicht bin, dass der Mehrheit der Bevölkerung der Wettbewerb jetzt schon zu scharf ist, weil die Unsicherheit bei Einkommen, Arbeitsplatz und Pension verbreitet Existenzängste weckt. Die weitere Verschärfung des Wettbewerbs als alternativlos und unabänderliches Naturgesetz darzustellen bezeichnete ich als „undemokratischen Diskurs“ – was der Autor als „wahnwitzige Attacke“ geifelte. Hier scheiden sich fürwahr die Geister. Während für Kattinger Demokratie offenbar bedeutet, dass die Regierung dem Volk Veränderungen im Interesse bestimmter Gruppen verordnen und als

würde nur eine schmale agroindustrielle Elite profitieren, während die Masse der Bauern in Nord und Süd ausradiert würde. Schon jetzt fordert die Handelsliberalisierung ihren Tribut: Seit der WTO-Gründung 1995 nimmt der Hunger weltweit wieder zu.

Die – differenzierte – Antwort lautet daher: Kein Freihandel in der Landwirtschaft, Freihandel bei Industriegütern nur zwischen Partnern mit gleichem Entwicklungsstand und gleichen Sozial- und Umweltstandards. Dann hört auch das unappetitliche Preisdumping auf Kosten von Mensch und Umwelt auf. Kattinger behauptet, dass es mir „beim Einkaufen nicht billig genug sein kann“. Das ist nicht nur eine Unterstellung, weil Kattinger weder mich noch meinen Lebensstil kennt, sondern auch falsch. Zum einen greife ich immer wieder bewusst zu teureren Produkten aus Nahversorgung oder biologischer Landwirtschaft und beziehe Ökostrom, versuche also dort, wo mir der Markt die Wahl lässt, nachhaltige und lokale Wirtschaftsstrukturen zu unterstützen.

Andererseits würde ich dort, wo mir der Markt keine Wahl lässt, gerne höhere Preise zahlen, wenn dafür sichergestellt ist, dass die Menschenrechte respektiert, die Arbeitskräfte gut behandelt, die Umwelt nicht zerstört und die Gewinne gerecht

## Globalisierung und Demokratie

„notwendig“ erklären muss, bestimmt meiner Ansicht nach in einer Demokratie immer noch der demos die res publica. Globalisierung ist kein Naturgesetz, sondern eine politische Veranstaltung – vom freien Kapitalverkehr über globale Handelsverträge bis zum Patentschutz.

Enicht tabuisiert, sondern gründlich diskutiert und bewusst gestaltet: zum Beispiel die Frage, ob zwischen reichen und armen Ländern „freie“ oder faire Handelsbeziehungen angestrebt werden sollen; ob der Kapitalverkehr überall hin frei sein soll oder ob zur Vermeidung von Finanzkrisen, Steuerflucht und Geldwäsche eine intelligente Differenzierung vorgenommen wird. Ob der globale Patentschutz auf Medikamente, Basissoftware und Saatgut ausgeweitet wird; und ob der Vorrang des Weltmarktes universal gelten oder ob nicht doch der regionalen Wirtschaft in den lebensnahen Bereichen (Ernährung und Landwirtschaft) Vorrang eingeräumt werden sollte.

Weil ich dogmatischen Freihandel ablehne, warf mir Kattinger den „Rückzug in die nationale Trutzburg“ vor. Zunächst sei daran erinnert, dass von denjenigen Staaten, die heute den Freihandel predigen, kein einziger damit groß geworden ist. Egal, ob Großbritannien, die USA, Deutschland, Japan oder – jüngst – die asiatischen Tiger, sie haben ihre Grenzen nicht voreilig aufgerissen, sondern ihre jungen Industrien solange subventioniert und abgeschottet, bis sie weltmarktfähig waren. Jetzt fordern sie von den armen Ländern schnellstmögliche Öffnung. Wenn aber agrarische oder Rohstoff exportierende Länder in freie Konkurrenz mit hoch industrialisierten Handelspartnern treten, haben sie keine Chance. Entindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und steigende Armut sind die Folge, wie die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in Südasien, Afrika und Lateinamerika zeigen. Die größte Freihandelsfalle lauert aber in der Landwirtschaft. Vom globalen Wettbewerb

verteilt werden. Das Gegeneinanderauspielen von Billigstpreisen auf der einen Seite und der Verletzung von Menschenrechten, Umweltzerstörung und Sozialdumping auf der anderen bestätigt nur das vormoderne Demokratieverständnis Kattingers. Ziel der – politischen gestalteten – Globalisierung müsste doch sein, dass weltweit hohe Sozial-, Umwelt- und

**Die heute starken Industriestaaten haben ihre Grenzen nicht voreilig aufgerissen, sondern ihre jungen Industrien vorerst subventioniert und abgeschottet.**

Menschenrechtsstandards gelten, und dass auf dieser fairen Basis miteinander Handel getrieben wird.

Für diese Überlegungen werden meine KollegInnen und ich von Kattinger als „Globalisierungsgegner“ bezeichnet. Das ist nicht nur absurd, weil Attac global vernetzt und in 50 Ländern auf allen Kontinenten aktiv ist; es ist auch ignorant, weil wir uns in unserer fünfjährigen Geschichte nie als „Gegner“ von Globalisierung bezeichnet oder verstanden haben. Wir setzen uns für faire Handelsbeziehungen ein, für stabile globale Finanzmärkte, für die Entschuldung der armen Länder, für kulturelle Vielfalt und die Aufwertung der Regionen, vor allem aber für eine demokratische Debatte über die Gestaltung der Globalisierung. Wer stattdessen die aktuelle Form der Globalisierung als alternativlos darstellt und gegen jede Kritik immunisieren will, riskiert, dass sie immer mehr Verlierer produziert, bis – logische Konsequenz – die Demagogen kommen und tatsächlich zum „Rückzug in die nationale Trutzburg“ blasen.

**Liebe Leserinnen und Leser!**

Die nächste Ausgabe der Raiffeisenzeitung erhalten Sie nach einwöchiger Pause am **28. Juli 2005.**

**Geschätzte Leserinnen, verehrte Leser!**

Die Redaktion der Raiffeisenzeitung freut sich über Ihre Leserbriefe. Leider können wir nicht alle Zuschriften in der vollen Länge veröffentlichen und müssen uns daher Kürzungen vorbehalten. Sollten Sie mit einer gekürzten Veröffentlichung Ihres Leserbriefes nicht einverstanden sein, bitten wir Sie, das in Ihrer Zuschrift anzumerken. Danke für Ihr Verständnis.

Leserbriefe senden Sie bitte an:  
Redaktion Raiffeisenzeitung,  
F.-W.-Raiffeisen-Platz 1, 1025 Wien  
E-Mail: [redaktion@raiffeisenzeitung.at](mailto:redaktion@raiffeisenzeitung.at)  
Telefax: (01) 211 36 - 2551